

Vertragsunterzeichnung geplatzt

Geplantes Einzelhandelsabkommen zwischen Bremen und seinen Nachbarn stößt auf Widerstand

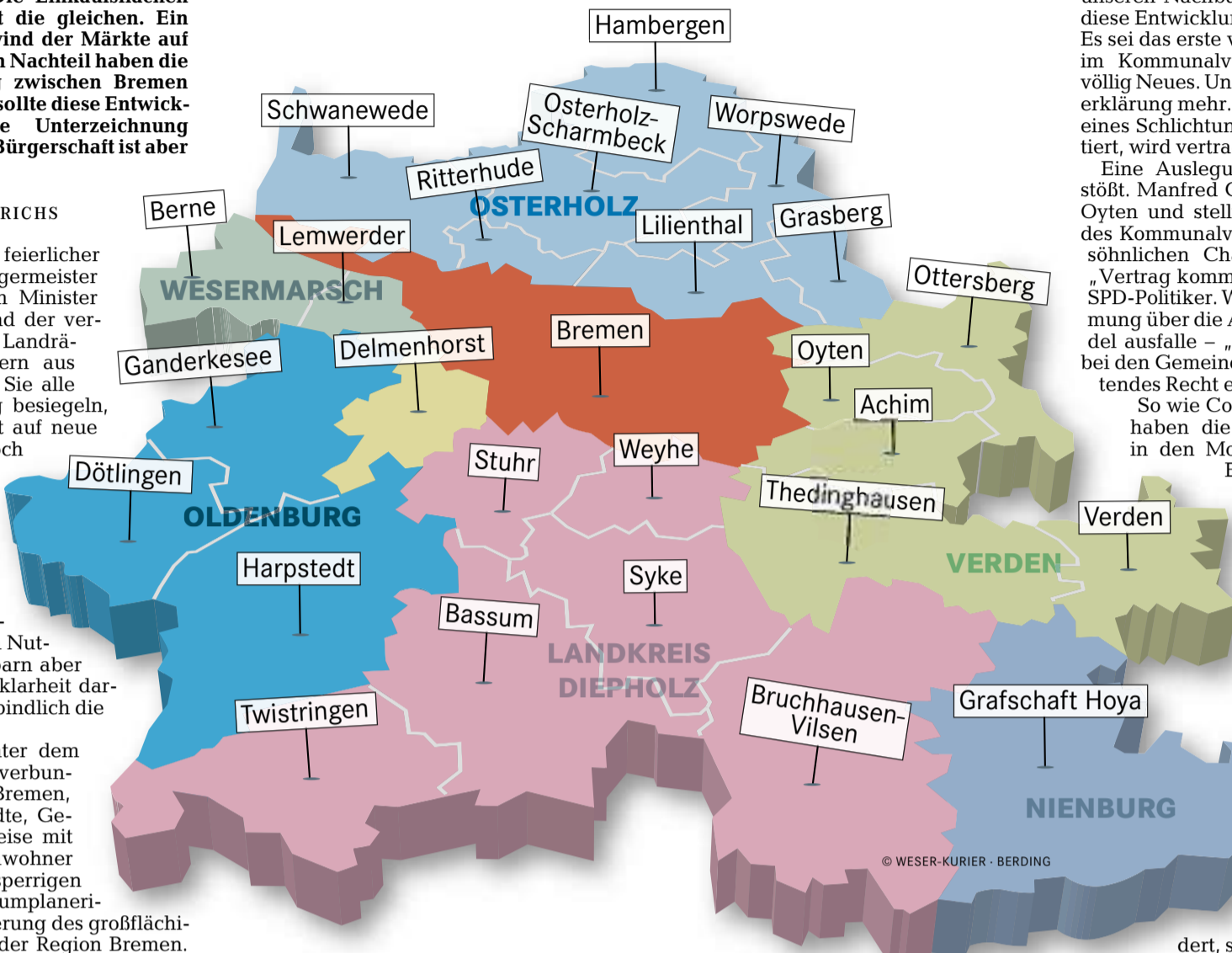
Dodenhof ist so groß geworden, dass selbst die Bremer Innenstadt kaum noch dagegen ankommt. Die Einkaufsflächen sind mittlerweile fast die gleichen. Ein Beispiel für den Aufwind der Märkte auf der grünen Wiese. Den Nachteil haben die Zentren. Ein Vertrag zwischen Bremen und seinen Nachbarn sollte diese Entwicklung aufhalten. Die Unterzeichnung gestern Abend in der Bürgerschaft ist aber geplatzt.

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Es sollte ein feierlicher Akt werden, mit Bürgermeister Jens Böhrnsen, einem Minister aus Niedersachsen und der versammelten Schar von Landräten und Bürgermeistern aus dem Bremer Umland. Sie alle wollten einen Vertrag besiegeln, der die Nachbarschaft auf neue Füße gestellt hätte. Doch es gibt offenbar Probleme; der Termin gestern Abend in der Bürgerschaft wurde kurzfristig abgesagt. Bremen will den Vertrag unbedingt und lässt keinen Zweifel an seinem Nutzen, einige der Nachbarn aber zögern. Auch weil Unklarheit darüber herrscht, wie verbindlich die neuen Regeln sind.

Das Abkommen unter dem Dach des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen, dem mehr als 30 Städte, Gemeinden und Landkreise mit rund einer Million Einwohner angehören, hat einen sperrigen Namen. Es ist der raumplanerische Vertrag zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in der Region Bremen. Was dahintersteckt, kann freilich auf eine einfache Formel gebracht werden: Geld. Wo die großen Märkte sind und massenhaft eingekauft wird, sprudeln die Einnahmen nicht nur der Kaufleute, sondern auch der Kommunen. Die Steuern machen ihren Säckel voll.

Beim Weserpark oder der Waterfront ist es Bremen, das profitiert. Bei Dodenhof, das mittlerweile fast so viel Einzelhandels-



fläche hat wie die gesamte Bremer Innenstadt, ist es die Gemeinde Ottersberg im Landkreis Verden. Und beim Ochtrup-Park mit seinem Outlet-Center ist es die Gemeinde Stuhr. In allen Fällen gab es zwischen den Nachbarn nie ein Miteinander – mit dem Ergebnis, dass Kaufkraft mehr und mehr an die Ränder wandert und Zentren wie die Bremer Innenstadt langsam ausbluten. Der neue Vertrag soll die-

ser Entwicklung einen Riegel vorschieben und klare Vorgaben machen, wie sich die Kommunen bei ihrer Ansiedlungspolitik zu verhalten haben.

„In der Vergangenheit hat es einen ruinösen Überbietungswettbewerb gegeben“, sagt Joachim Lohse, Bausenator und Vorsitzender des Kommunalverbundes. Im Ergebnis, so der Grünen-Politiker, gebe es im

Raum Bremen zu viel Verkaufsfläche bei zu wenig Nachfrage. „Das Abkommen mit unseren Nachbarn wird einen Deckel auf diese Entwicklung legen“, erwartet Lohse. Es sei das erste verbindliche Vertragswerk im Kommunalverbund. Etwas qualitativ völlig Neues. Und eben keine lose Absichtserklärung mehr. Lohse: „Wer das Ergebnis eines Schlichtungsverfahrens nicht akzeptiert, wird vertragsbrüchig.“

Eine Auslegung, die auf Widerspruch stößt. Manfred Cordes, Bürgermeister von Oyten und stellvertretender Vorsitzender des Kommunalverbundes, betont den versöhnlichen Charakter der Abmachung. „Vertrag kommt von vertragen“, sagt der SPD-Politiker. Wie auch immer die Abstimmung über die Ansiedlung von Einzelhandel ausfalle – „die Planungshoheit bleibt bei den Gemeinden“. Es dürfe nicht in geltendes Recht eingegriffen werden.

So wie Cordes den Vertrag versteht, haben die Verhandlungsergebnisse in den Moderationsverfahren einen Empfehlungscharakter, nicht mehr und nicht weniger. Ein Kollege und Namensvetter von Cordes sieht das genauso. Uwe Cordes, Bürgermeister der Samtgemeinde Harpstedt, betont, dass mit dem Vertrag nichts neu erfunden werde. Der Bürgermeister spricht von einer „verbindlichen Absichtserklärung“. Keine Gemeinde werde dadurch in ihrer Entwicklung behindert, so Cordes.

Bei Lohse rufen solche Stellungnahmen gelindes Erstaunen hervor. „Das entspricht nicht meinem Verständnis“, sagt der Bausenator. Er will in die Entwicklung der großen Märkte eingreifen und sie nicht nur moderieren. Dodenhof, zum Beispiel, werde bei dem geplanten Vertrag als Sonderstandort zwar noch einmal ausgespart – „das wird aber die nächste Stufe sein“, kündigt Lohse an.

Kommentar Seite 2

Angler findet Wasserleiche

Identität des Mannes nicht geklärt

Bremen (wk). Am Hasenbürener Deich in Seehausen ist bereits am vergangenen Freitag ein Leichnam aus der Weser geborgen worden, den ein Angler entdeckt hatte. Bislang konnte der Ertrunkene noch nicht identifiziert werden. Hinweise auf ein Fremdverschulden gibt es laut Polizei nicht. Der Mann war etwa 50 bis 60 Jahre alt, 1,72 Meter groß und 90 Kilo schwer. Er hatte graue Haare und Geheimratsecken. Bekleidet war er mit einer sportlichen schwarzen Jacke, einer dunkelblauen Jeans, einem bunt gestreiften Poloshirt, grauen Socken und schwarzen Lederhalbschuhen der Größe 46. Er trug eine Armbanduhr der Marke Festina mit schwarzem Zifferblatt und schwarzem Lederarmband. In seiner Jacke befanden sich ein schwarzes Schlüsselset mit einem Schlüssel für einen Opel und ein Sicherheits-schlüssel der Marke Burg Wächter ohne Nummer. Die Polizei fragt, wer den Mann kennt und sucht nach möglichen Zeugen, denen ein Opel aufgefallen ist, der seit Mitte der vergangenen Woche nicht bewegt wurde und in mittelbarer Nähe zur Weser, vermutlich auf der linken Weserseite zwischen den Stadtteilen Neustadt und Seehausen oder der rechten Weserseite zwischen Walle und Oslebshausen, abgestellt ist. Hinweise nehmen der Kriminaldauerdienst, Telefon 3613888, oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Mehr Transparenz bei Radio Bremen

Bremen (mlu). Der Senat hat gestern eine Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes auf den Weg gebracht. Darin ist vorgesehen, dass künftig sämtliche Bezüge im Geschäftsbericht veröffentlicht werden sollen, wie es in einer Mitteilung heißt. Damit würden alle entstehenden Kosten vollständig und nachvollziehbar erfasst, die im Zusammenhang mit der Beschäftigung vom Intendanten sowie der vom Rundfunkrat gewählten Direktoren entstünden. „Wir nehmen jüngste Debatten um die Höhe von Gehältern auf, die auch den Intendanten Radio Bremens einbezogen hatten“, sagte Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) zur Begründung. Geplant ist zudem, dass ein Vertreter der in Bremen lebenden Muslime in den Rundfunkrat aufgenommen wird.

Schlappe vor Gericht für Gleis-1-Gegner

Ausbau trotz Klage rechtens / Gericht stärkt Position der Bahn AG / Hauptverfahren steht weiter aus

VON ANTJE STÜRMANN

Bremen. Vor über einem Jahr hat Walter Ruffler gegen die Pläne zum Ausbau des Gleises 1 geklagt. Begonnen hat die Hauptverhandlung noch nicht. Die Bahntrasse aber ist längst fertig und in Betrieb. Mit Recht, wie das Bremer Oberverwaltungsgericht jetzt entschieden hat. Ruffler hatte gefordert, dass die Deutsche Bahn AG mit dem Ausbau wartet, bis das Gericht eine Entscheidung gefällt hat.

Doch das musste sie nicht, erklärte der Richter des OVG jetzt in seinem Beschluss. Die Klage Rufflers habe keine aufschiebende Wirkung und den Mitarbeitern des Eisenbahn-Bundesamtes seien keine Fehler bei der Planung nachzuweisen.

Walter Ruffler und die Bahn-Lärm-Initiative Bremen (BIB) kämpfen seit Jahren gegen den Ausbau des Hauptbahnhofs für den Güterverkehr. Derzeit rollen etwa 220 Güterzüge täglich durch Bremen. Wenn der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven seinen Betrieb vollständig aufgenommen hat, könnten es rund ein



Bahnlieger Walter Ruffler. FOTO: KUHAUPT

Viertel mehr sein. Mit seinem jetzigen Urteil hat das OVG seinen eigenen Beschluss vom Juli vergangenen Jahres bekräftigt. Bahnlieger Ruffler hatte vor elf Monaten per Eilverfahren versucht, die Bauarbeiten der Bahn AG zu stoppen. Begründung: Erst müsse das Gericht entscheiden, dann dürfe die Bahn Fakten schaffen. Den Behörden wirft der Protestler vor, Alternativstrecken nicht ausreichend geprüft zu haben.

Das OVG hingegen stärkt nun ein zweites Mal der Bahn AG den Rücken: Die Mitarbeiter des Eisenbahn-Bundesamtes hätten gar „keine ernst zu nehmenden Alternativen“ zum Ausbau des Gleises 1 finden können. Weiter argumentiert das Gericht sinngemäß: Der Ausbau des Gleises 1 sei nun – weil bereits fertig – so wieso nicht mehr zu verhindern.

Im Übrigen sei „ungewiss“, ob der Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg als Alternative zu realisieren sei – wie Ruffler und seine Mitstreiter es fordern. Ohnehin wäre der Ausbau der Alternativstrecke kein Argument gegen den Ausbau des Gleises 1, so der Richter. Wal-

ter Ruffler: „Das Gericht trifft hier eine Behauptung ohne jegliche Begründung.“

Immerhin erkenne das Gericht, „dass ein Ausbau der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg den bereits jetzt stark frequentierten Verkehrsknoten Bremen von weiteren Verkehren entlasten würde“, so Ruffler. Die Begründung des Richters findet er insgesamt „wenig überzeugend“, denn es sei „nicht sachgerecht, wenn das Gericht die Ablehnung meines Antrags auf das politische Versäumnis der damaligen niedersächsischen und bremischen Landesregierungen stützt“, so der Bremer. Denn die Politiker hätten nicht erkannt, dass die Strecke Oldenburg-Cloppenburg „zur Abfuhr der Jade-Weser-Port-Verkehre“ besser geeignet sei als das durch Bremer Wohngebiete führende, nun ausgebaute Gleis 1.

Ruffler gibt nicht auf: „Trotz dieses negativen Beschlusses“ werde er seine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Gleis-1-Verlängerung nicht zurückziehen, kündigt er an. Er setzt darauf, das Gericht im Hauptverfahren von seiner Sicht der Dinge überzeugen zu können. Hoffen lässt ihn besonders eine Formulierung des Gerichts: „Das schreibt, dass bislang nur eine vorläufige Prüfung des Sachverhalts möglich gewesen sei“, so Ruffler.

Sechs Kilometer Lärmschutz in Bremen-Nord

Für Bewohner an der viel befahrenen Bahnstrecke wird es leiser

VON KARINA SKWIRBLIES

Bremen. Entlang der Bahnstrecke in Bremen-Nord wird es künftig deutlich ruhiger. Die Deutsche Bahn baut auf einer Länge von gut sechs Kilometern Schallschutzwände auf. Gestern nahmen Verkehrsminister Joachim Lohse (Grüne) und Ulrich Bischooping von der Deutschen Bahn in Oslebshausen den ersten Spatenstich vor. Unterstützt wurden sie von den Ortsamtsleitern Ulrike Pala und Florian Boehlke sowie Gerhard Warnke, Projektleiter Lärm- und Schallsanierung der DB Projektbau GmbH.

Mehr als 1000 Wohnungen sollen künftig durch die zwei bis drei Meter hohen Wände geschützt werden. Die zwölf Schallschutzwände, die mit Unterbrechungen von Oslebshausen bis zur Bremer Landesgrenze reichen, kosten rund 8,5 Millionen Euro.

Finanziert wird die Maßnahme im Rahmen des Programms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“, das von der Bundesregierung gefördert wird. „Verkehrslärm ist in zunehmendem Maße zu einer Belästigung für die Bevölkerung geworden“, führte Ulrich Bischo-

ping bei dem Festakt an der Strecke aus. Auch an alten Bahnstrecken sollten die Anwohner geschützt werden, denn heute sei bekannt, dass Lärm krank mache.

Außerdem stelle der Bund 90000 Euro zur Verfügung, mit denen der Einbau von Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden gefördert werde. Begleitend zu den Baumaßnahmen würden die Anwohner angeschrieben und auf die Fördermittel hingewiesen. Noch in diesem Jahr soll der erste Bauab-

schnitt mit einer Länge von 1,1 Kilometern in Oslebshausen fertig sein. Alle zwölf Schallschutzwände in Bremen-Nord sollen bis Mitte 2015 aufgestellt sein. Die Bauarbeiten hierfür erfolgen zum größten Teil in der Nacht und am Wochenende. Die Deutsche Bahn bittet die Anwohner wegen der Lärmbelastung um Verständnis.

Ein Video zum Thema finden Sie unter www.weser-kurier.de/bremen

Horst Stratmann, Bauleiter Thorsten König und Florian Boehlke (von links) an der Muster-Lärmschutzwand. FOTO: KUHAUPT



ANZEIGE



BREPARK
NÄHER DRAN

FRÜHLINGSGEFÜHLE!

Sichern Sie sich jetzt die limitierte easy-Edition mit dem Motiv „Brautpahr in Venedig“ von Colette Boberz aus dem Blaumeier Atelier. Jetzt und nur für kurze Zeit!

Mit der easy-Karte parken Sie bargeldlos in allen BREPARKhäusern und auf dem Parkplatz Bürgerweide.

Infos unter www.brepark.de und 0421/17471-0.

BREPARK GmbH | Ansgaritorstraße 16 | 28195 Bremen | www.brepark.de